

Forschung und Wissenschaft

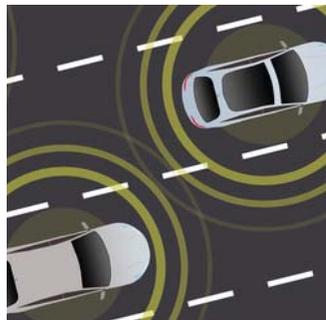
WissenschaftlerInnen an der WU beschäftigen sich mit scheinbar alltäglichen Herausforderungen des Lebens wie Arbeitslosenunterstützung, Produktivitätszuwachs, Verbesserung der Lebensqualität und Finanzen im Haushalt. Und sie kommen häufig zu erstaunlichen Ergebnissen.

Zusammenhang: Produktivität und Arbeitslosigkeit

Selbstfahrende Autos und internetbasierte Fahrdienstleister werden künftig Taxifahrer ersetzen. Die unter dem Stichwort Industrie 4.0 diskutierten Digitalisierungs- und Automatisierungsprozesse machen bestehende Arbeitsplätze überflüssig. Führt Produktivitätszuwachs, also die Implementierung von neuen Technologien, somit zwangsläufig zu höherer Arbeitslosigkeit? Dieser Frage hat sich WU-Professor Armon Rezai gemeinsam mit Kollegen in der Studie „Folgen von Produktivitätsschocks“ gewidmet. Die Studie zeigt, dass Produktivitätszuwachs kurzfristig mehr Arbeitslosigkeit bedeutet, aber langfristig die positiven Effekte von neuen Technologien überwiegen, da diese zu höheren Einkommen und mehr Wirtschaftswachstum und damit auch mehr Beschäftigung führen.

Selbstfahrende Autos

Führt technologischer Fortschritt zu steigender Arbeitslosigkeit?



Andrea Weber

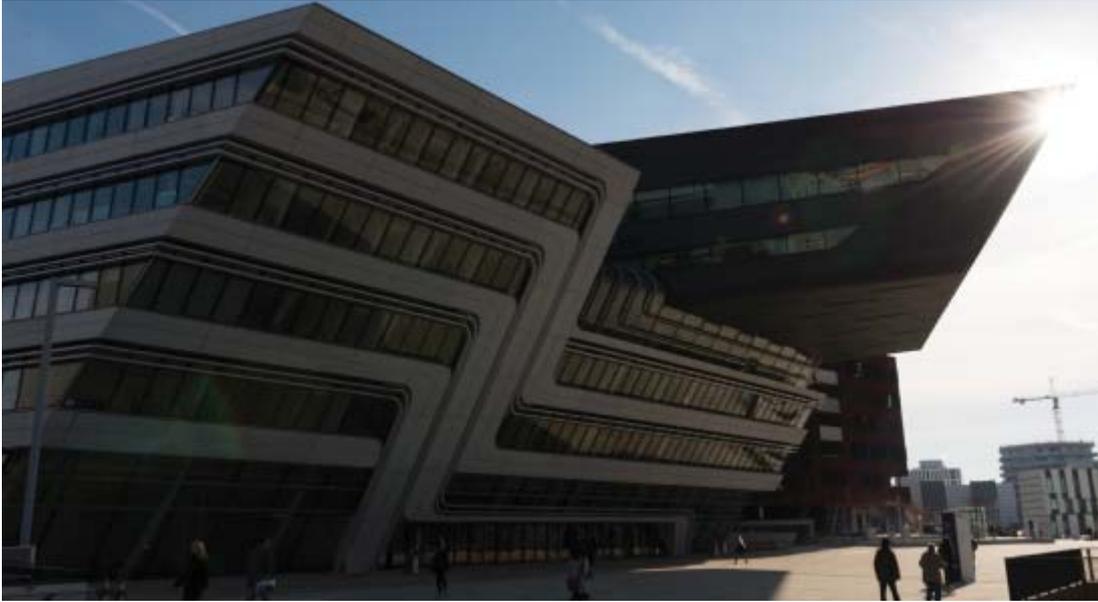
zeigt auf, dass längere Arbeits-suche zu höheren Löhnen führt.



Längere Arbeitslosenunterstützung bringt bessere Jobs

Welche Effekte hat die Arbeitslosenunterstützung auf die Qualität der neuen Jobs? Mit dieser Frage setzt sich Andrea Weber, Gastprofessorin am WU-Institut für Arbeitsmarkttheorie und -politik, gemeinsam mit Kollegen in ihrer Arbeit „Does extending unemployment benefits improve job quality?“ auseinander. Eine große Zahl empirischer Studien bestätigt den Zusammenhang zwischen Arbeitslosenunterstützung und Dauer der Arbeitslosigkeit. Fällt die Unterstützung großzügiger aus brauchen die Arbeitssuchenden mehr Zeit, bis sie einen neuen Job finden. Was bisher in diesem Zusammenhang nicht bewiesen wurde: Führt diese längere Arbeitssuche auch zu besseren Jobs?

Die Wissenschaftlerin untersuchte die Ausweitung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes in Österreich von 30 auf 39 Wochen bei Personen ab dem Alter von 40 Jahren. Das Ergebnis zeigt, dass die verlängerte Suche nach Arbeit im Durchschnitt zu 0,5 Prozent höheren Löhnen in den neuen Jobs führt. Laut Weber hat dieses Ergebnis Auswirkungen auf die optimale Gestaltung der Unterstützung für Arbeitslose. Zwar verursacht die längere Dauer der Arbeitslosigkeit mehr Kosten und hat damit negative Effekte auf das Staatsbudget. Aber auch die positiven Auswirkungen müssen dabei bei der Gesamtrechnung berücksichtigt werden. Denn: Finden Arbeitssuchende im Endeffekt besser bezahlte Jobs als vorher, fallen auch deren Beitragszahlungen künftig höher als bisher aus.



Mehr Lebensqualität durch Pflege und Betreuung



Wir werden immer älter, die Zahl der pflegebedürftigen Personen steigt. Das Projekt „Lebensqualität durch Betreuung und Pflege“ soll die Frage klären, wie professionelle Betreuung und Pflege daheim die Lebensqualität der betreuten Menschen beeinflusst. Projektleiterin Birgit Trukeschitz vom Forschungsinstitut für Altersökonomie der WU Wien: „Das Neue daran ist, dass wir ein Erhebungsinstrument nutzen, mit dem es gelingen kann, die Ergebnisqualität von Betreuungs- und Pflegedienstleistungen sichtbar zu machen. Darüber hinaus untersuchen wir, wie diese Dienstleistungen auf die Lebensqualität der Angehörigen wirken. Da Finnland, England und Österreich ganz unterschiedliche Betreuungs- und Pflegesysteme haben, schauen wir uns das im Ländervergleich an“. In den nächsten Monaten werden in allen Bundesländern persönliche Interviews mit betreuten Menschen und deren Angehörigen geführt.

Das Projekt wird aus Mitteln der EU, des Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Forschung (FWF) und der Wirtschaftsuniversität Wien finanziert. Weitere Informationen zum Forschungsprojekt: www.wu.ac.at/altersoekonomie/pflege/; Kontakt: birgit.trukeschitz@wu.ac.at

FIDES ist die Abkürzung des Forschungs-Informations-Dokumentations-Evaluations-Systems der WU. Die Datenbank stellt aktuell Informationen über 61.584 Publikationen, 2035 aktive WissenschaftlerInnen und 160 Forschungseinheiten zur Verfügung.



„Insgesamt finden wir eine Tendenz hin zu mehr gemeinsamen Entscheidungen.“

Bernadette Kamleitner

Private Haushalte: Wer entscheidet über das Geld?

Die privaten Haushalte verfügen über den größten Anteil des Geldes im Staat. Wie werden hier finanzielle Entscheidungen getroffen? Bernadette Kamleitner vom Institute for Marketing and Consumer Research hat gemeinsam mit Kollegen Entscheidungen von im gemeinsamen Haushalt lebenden Partnern über Geldmanagement, Kredit und Sparen, Investitionen und klassische Kaufentscheidungen in einer Studie untersucht. „Insgesamt finden wir eine Tendenz hin zu mehr gemeinsamen Entscheidungen“, so Kamleitner. Die Informationssuche, die letztlich bestimmt, welche Angebote überhaupt in Erwägung gezogen werden, liegt laut Studie aber dennoch oft in der Hand eines der beiden Partner.